

Rhein-Berg 100

Der Newsletter Ihres Abgeordneten für den Wahlkreis 100 Dr. Hermann-Josef Tebroke



Eine Auswahl meiner nächsten Termine

18.06.2018
Bürgersprechstunde, Odenthal

19.06.2018
Reise des Finanzausschusses nach Brüssel

24.06.2018
Tag des offenen Odenthals

02.07 – 05.07.2018
Haushaltswoche des Deutschen Bundestages

Kontakt

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon
(030) 227 - 7 95 47

Fax
(030) 227 - 7 05 48

E-Mail
hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Homepage
www.hermann-josef-tebroke.de

Wahlkreisbüro

Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Telefon
(02202) 9 36 95-30

Fax
(02202) 9 36 95-22

E-Mail
hermann-josef.tebroke.wk@bundestag.de

Sie haben mich als Ihren Vertreter in den Bundestag gewählt und als solcher ist mir der Austausch mit Ihnen wichtig. Sollten Sie Anregungen oder Fragen haben, freue ich mich, wenn Sie mit mir in Kontakt treten.



Liebe Leserinnen und Leser,

ich hoffe, Sie haben seit meinem letzten Newsletter das heiße Wetter trotz teils heftiger Unwetter gut und gesund überstanden und die schönen Tage im Freien genießen können.

In den vergangenen Wochen ist wieder so viel passiert, dass ich gar nicht alles für diesen Newsletter aufgreifen kann. Im Nachgang zum G7-Gipfel ist es mir jedoch wichtig, kurz zu dem Format und den Verhandlungen Stellung zu beziehen. Darüber hinaus finden Sie nachstehend thematisch passend einen Bericht über die Diskussion, wie die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion ausgebaut werden soll. Darüber haben wir im Finanzausschuss, aber auch im Plenum und nicht zuletzt auch in der CDU/CSU-Fraktion intensiv diskutiert.

Viele Familien sprechen mich auf das Baukindergeld an, das nunmehr hoffentlich zeitnah Gesetzeskraft erlangen wird. Auch dazu finden Sie einen kleinen Bericht. Am gestrigen Tage startete zudem die Fußball-Weltmeisterschaft in Russland. Ich wünsche uns ein spannendes und natürlich unserer National-

Mannschaft ein erfolgreiches Turnier. Der Präsident des DFB, Reinhard Grindel, hat den Sportausschuss des Deutschen Bundestages besucht und hier nicht nur zu den Aussichten der Mannschaft, sondern auch zu der Lage in Russland Stellung bezogen.

Abschließend darf ich Ihnen noch einen Bericht von Katja Effey von Radio Berg empfehlen, die gerade eine Woche in meinem Büro hospitiert hat und einen Einblick in die Arbeit des Bundestages nehmen konnte.

Wie Sie sehen, ist derzeit wirklich Hochbetrieb im politischen Berlin. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und freue mich auf die nächste Begegnung mit Ihnen.

Herzliche Grüße

Ihr

Dr. Hermann-Josef Tebroke, MdB

Aktuelle Stellungnahme: G7-Gipfel

Der G7-Gipfel am vergangenen Wochenende hat neben eindrucksvollen Bildern auch sicherlich einige Fragen aufkommen lassen. Grundsätzlich halte ich das Format der G7-Staaten für eine sinnvolle Konstellation, um aktiv Politik zu gestalten. Bei ihrer Gründung ging es den G7-Staaten darum, auf supranationaler Ebene die führenden westlichen Industrienationen zusammenzubringen, um von einer gemeinsamen Wertebasis ausgehend Fragen der Weltwirtschaft zu behandeln. Bereits seit 1975 besteht das Format und hat sich über die Jahre etabliert. Triebfeder der G7-Treffen war bisher stets das Interesse an einem offenen und nicht protektionistischen Welthandel.

Das vergangene Wochenende hat zweifellos einen gewissen Wendepunkt markiert. In der Geschichte der G7 ist es bisher noch nicht vorgekommen, dass ein Land das gemeinsame Abschlusskommuniqué

unterzeichnet, sodann aber binnen kürzester Zeit die Wirksamkeit wieder revidiert. Das schadet nachhaltig nicht nur dem Format, sondern insbesondere dem gemeinsamen Interesse an einem freien weltweiten Handel.

Die Bundeskanzlerin hat zu Recht konstatiert, dass die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten „ernüchternd und ein Stück deprimierend“ ist. Gleichwohl dürfen wir trotz der Ereignisse nicht verkennen, dass die Jahrzehnte des kooperativen Zusammenwirkens nicht auf einmal gegenstandslos werden dürfen. Vielmehr müssen wir weiterhin den Diskurs suchen, aber gleichzeitig auch für den offenen Welthandel eintreten. Insbesondere für eine Exportnation wie Deutschland ist es geradezu unerlässlich, dass der Welthandel reibungsfrei und möglichst ohne Protektionismus funktioniert.



Europäische Wirtschafts- und Währungsunion



Zugegebenermaßen handelt es sich bei der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion um ein überaus komplexes Thema, das aber gleichwohl unsere Aufmerksamkeit verdient. Die gemeinsame europäische Währung hat der Exportnation Deutschland bereits enorme Vorteile gebracht. Über 450 Milliarden Euro hat Deutschland im vergangenen Jahr an Mitgliedsstaaten des Euro ausgeführt. Zusammengenommen stellt die Eurozone unseren wichtigsten Absatzmarkt dar. Nichtsdestotrotz erfordert die Wirtschafts- und Währungsunion nach wie vor, dass man die verschiedenen Rechtssysteme vereinheitlicht. Ein Instrument dafür ist die Europäische Bankenunion. Die bereits ins Werk gesetzten Regelungen sichern die Bankenunion durch einen gesonderten Abwicklungsmechanismus und ein einheitliches Bankenaufsichtsregime. Die Europäische Kommission hat nunmehr jedoch einen Vorschlag vorgelegt, wonach die dritte Säule der Bankenunion in Form einer gemeinsamen Einlagensicherung etabliert werden soll.

Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion halten den Entwurf für verbesserungswürdig und insbesondere für nicht nachhaltig hinsichtlich

der derzeit bestehenden Risiken bei vielen ausländischen Bankinstituten. Die Vergegenschaftung der Bankenrisiken ist für uns mit dem Prinzip der Einheit von Risiko und Haftung nicht vereinbar. Darüber hinaus stehen in vielen Bankbilanzen nicht kalkulierbare Staatsrisiken. Auch aus demokratietheoretischer Sicht sind wir gegen eine gemeinsame Einlagensicherung, wie sie derzeit diskutiert wird. Durch nationale Entscheidungen anderer Staaten darf ein daraus resultierendes Bankenrisiko nicht unmittelbar die soliden deutschen Institute treffen. Das würde weder das Vertrauen der Sparerinnen und Sparer in das bestehende System erhöhen, noch wäre dem Deutschen Bundestag eine zwingend notwendige Kontrolle möglich.

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordern wir, dass zuallererst die notleidenden Kredite in den Banken abgebaut werden und dass das Insolvenz- und Zwangsvollstreckungsrecht in anderen Staaten effektiver und effizienter ausgestaltet wird. Bevor das nicht ins Werk gesetzt ist, stehen wir für eine gemeinsame europäische Einlagensicherung nicht zur Verfügung.



Besuch des DFB-Präsidenten

Vergangene Woche war der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes, Reinhard Grindel, zu Gast im Sportausschuss des Deutschen Bundestages. Er stellte im Rahmen seines Besuchs dar, dass die deutsche Nationalmannschaft und der DFB sowohl sportlich als auch sportpolitisch vollumfänglich auf die habe sich so engagiert und intensiv wie nie auf eine Weltmeisterschaft vorbereitet. Seit über einem Jahr seien regelmäßige Dialoge mit Organisatoren wie Human Rights Watch, Reporter ohne Grenzen, aber auch Amnesty International veranstaltet worden, die auch die Menschenrechtslage in Russland gefördert hätten.

Ich halte das für ein richtiges Vorgehen. Die Vergabe der Fußball-Weltmeisterschaften durch die FIFA unterliegt nur höchst mittelbar dem Einfluss des DFB. Angesichts der Menschenrechtslage in Russland erscheint auch mir klare Kritik angebracht. Insbesondere die

Meinungs- und Pressefreiheit erfüllt in Russland in vielen Fällen nicht im Ansatz diejenigen Kriterien, die wir zu Recht für eine plurale Gesellschaft einfordern. Dennoch halte ich einen gänzlichen Boykott der Weltmeisterschaft nicht für zielführend. Vielmehr zwingt die hohe mediale Aufmerksamkeit die russische Regierung zu einem weniger repressiven Umgang mit oppositionellen Kräften und die Zivilgesellschaft wird allein durch die großen Besucherzahlen gestärkt. Nur wenn sich Menschen auch tatsächlich kennen lernen, können Brücken zwischen den Kulturen überhaupt erst gebaut werden.

Ich bin dem DFB dankbar, dass er neben aller sportlichen Begeisterung auch die politische Dimension einer Weltmeisterschaft nicht verkennt. In jedem Falle drücke ich darüber hinaus aber natürlich unserer Mannschaft die Daumen und freue mich schon auf das erste Spiel am Sonntag gegen Mexiko.



Zitat des Monats:

„Mit Maschinen durch die Luft zu fliegen ist absolut unmöglich.“

– Simon Newcomb, Professor der Naturwissenschaften, 1902

Der deutsche Astronaut Alexander Gerst ist in diesem Monat nach zwei Tagen Flug in einem engen Raumschiff an der Internationalen Raumstation (ISS) angekommen.

Baukindergeld und Familienförderung

In den eigenen vier Wänden leben zu können zählt nach wie vor zu den zentralen Wünschen vieler Menschen in Deutschland, insbesondere von jungen Familien. Der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es insoweit ein großes Anliegen, mit der Einführung eines Baukindergeldes die zweifellos bestehenden hohen wirtschaftlichen Hürden für ein Eigenheim partiell abzumildern. Vor diesem Hintergrund wollen wir als CDU/CSU für den Erwerb von Neubau oder Bestand ein Baukindergeld als Zuschuss aus dem Bundeshaushalt in Höhe von 1.200 Euro je Kind und pro Jahr einführen, das über einen Zeitraum von zehn Jahren gezahlt wird.

Das Baukindergeld soll flächendeckend bis zu einer Einkommensgrenze von 75.000 Euro zu versteuerndem Haushaltseinkommen pro Jahr und zusätzlich 15.000 Euro pro Kind gewährt werden. In die Förderung einbezogen werden sollen alle Kaufverträge beziehungsweise Baugenehmigungen für selbstgenutzte Immobilien in Deutschland, die seit dem 1. Januar 2018 neu abgeschlossen oder erteilt wurden.

Auch wenn damit natürlich weiterhin die Realisation eines Bauprojekts ein wirklich langfristiges Engagement der Familien erfordert, hoffen wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion, insbesondere all jenen Familien, deren wirtschaftliche Möglichkeiten begrenzt sind, den Einstieg zum Eigenheim zu erleichtern. Ich bin zuversichtlich, dass sich unser Koalitionspartner dieser sinnvollen Argumentation nicht verschließen kann. Des Weiteren haben wir bereits weitere familienentlastende Maßnahmen fest in den Blick genommen: So wird nach jetziger Planung ab dem 1. Juli 2019 das Kindergeld um weitere 10 Euro pro Monat angehoben und der steuerliche Kinderfreibetrag steigt entsprechend an. Zudem wird der Grundfreibetrag der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums angehoben und schließlich die Eckwerte des Einkommenssteuertarifs für die Veranlagungszeiträume 2019 und 2020 nach rechts verschoben, das heißt, die Erhöhungen greifen erst später. Sie sehen also, dass wir als Union mit diesem Bündel an Maßnahmen unser Versprechen einlösen, auch finanzpolitisch Familien spürbar zu entlasten.

Praktikumsbericht

Katja Effey* schreibt:

Als ich meiner Familie und meinen Freunden erzählt habe: Im Juni bin ich für eine Woche Hospitantin im Büro vom Bundestagsabgeordneten Herrn Dr. Tebroke. Kam ganz oft die Frage: Was machst du denn da? Je näher die Hospitanz dann gerückt ist, habe ich mich das auch immer öfter gefragt. Was mache ich, die Volontärin vom Lokalradio, eigentlich da?

Jetzt, nach meiner Woche, habe ich Antworten. Ich war in Sitzungen des Finanzausschusses mit dabei, bei Anhörungen, im Plenum und in Arbeitsgruppen. Dazu habe ich Pressemitteilungen geschrieben, Themen recherchiert und Sitzungen vorbereitet. Und vor allem habe ich einen Einblick in die Arbeit von Herrn Dr. Tebroke und seinen (wirklich unfassbar lieben, geduldigen und sympathischen) Mitarbeitern bekommen.

Offt wird gesagt: Politiker, die reden doch nur und haben keine wirklich Arbeit. Von wegen! Für mich ist es beeindruckend, was Herr Dr. Tebroke und sein Team leisten. Die Tage sind lang und mir persönlich raucht schon bei

einem Bruchteil ihrer Arbeit der Kopf. In einer Sitzungswoche folgt ein Termin auf den nächsten und jeder will natürlich gut vorbereitet sein – insbesondere, wenn Herr Dr. Tebroke selbst Berichtersteller ist. Dann müssen alle Eventualitäten bedacht werden, alle möglichen Positionen der anderen Parteien und – selbstverständlich – muss er selbst am besten alles zum Thema wissen.

Ganz „nebenbei“ behält Herr Dr. Tebroke seinen Wahlkreis und die Themen dort immer im Auge und sucht den Kontakt zu den Bürgern aus dem Rheinisch-Bergischen. Zusammenfassend kann ich sagen: Die Woche im Bundestagsbüro ist eine wertvolle Erfahrung, die ich nicht missen möchte und die mir auch in meinem Beruf weiterhelfen wird. Jetzt kenne ich beide Seiten: Die der Medien und die des Politikers – zumindest ein bisschen.

*Frau Effey hat ihr einwöchiges Praktikum bei mir im Zeitraum vom 11. bis 15. Juni 2018 absolviert. Wenn Sie sich auch für ein Praktikum in meinem Berliner Abgeordnetenbüro interessieren, schicken Sie gerne Ihre Bewerbung an: hermann-josef.tebroke@bundestag.de